

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zelle 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Wer die Massen weckt, leistet Kulturarbeit!

Im Dienste der Nation.

Das Wahlrechtskompromiß des Zentrums mit den Konservativen in Preußen, das die direkte und öffentliche Klassenwahl des Regierungsentwurfs ersetzt durch die indirekte geheime Urwahl nach Klassen mit öffentlicher Abstimmung der Wahlmänner, bedeutet eine so offene Verschlechterung der gegenwärtigen Ausichten der Wahlrechtsreform, daß die ärgsten Reaktionen sich vor Vergnügen die Hände reiben, während die Wahlrechtsbewegung an Umfang und Leidenschaftlichkeit von Tag zu Tag zunimmt. Im „Tag“ kennzeichnet der freikonservative Abg. v. Zedlitz das Kompromiß als taktisches Meisterstück und als einen großen Wurf der konservativen Parteileitung und erklärt: „Die Wahl der Abgeordneten durch Wahlmänner in öffentlicher Abstimmung beugt einer Verschlechterung ihrer Wahlausichten vor. Unter diesem Gesichtspunkte ist unzweifelhaft für sie das Wahlkompromiß vorteilhafter als die öffentliche und direkte Wahl nach der Regierungsvorlage. Daß es trotzdem den Anschein einer weitgehenderen Konzession hat als diese, wird gleichfalls als ein Vorteil anzusehen sein.“ So stellt sich das Wahlrechtskompromiß des Zentrums im Effekt dar als eine neue Stütze des Junkerlich-agrarischen Uebergewichts im preussischen Landtage, als dauernde Verankerung der ärgsten Reaktionen. Nicht um eine Reform handelt es sich, die den Uebergang zum Reichstagswahlrecht anbahnt, sondern um eine Befestigung des Dreiklassenwahlrechts, das die Vermissten entrechtet. Denn jede wirkliche Wahlrechtsreform mußte gegen die Konservativen gemacht werden und konnte nur mit Hilfe der linken Parteien zustande kommen. Jedes Kompromiß mit den Konservativen befördert die Geschäfte der Junker und verschlechtert die Ausichten der Reformbewegung. Das Zentrum hat sich mit dieser konservativen Verbrüderung als ein Feind der Wahlrechtsreform, als Anhänger des Dreiklassenwahlrechts entpuppt, — darüber helfen alle Beteuerungen von praktischer Reformarbeit nicht hinweg.

Das Ergebnis dieses Wahlrechtschachers wird sein, daß die Arbeiter aufs neue um das gleiche und direkte Wahlrecht betrogen werden und daß selbst das als Scheinkonzession gewährte geheime Wahlrecht der Urwähler entwertet wird durch die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner. Es werden alle Knoten derartig geschürzt werden, daß nur die reaktionären Parteien beim Wahlsitzungserfolge haben. Ein Sechstel der Reichstagen und Wohlhabendsten der Nation wird auch künftig die übrigen fünf Sechstel, die die Arbeit der Nation repräsentieren, entrichten und beherrschen. Das ist das Los der Arbeit — jene gottgegebene Abhängigkeit, aus der sich, wie Herr v. Bethmann-Hollweg in seiner Abgeordnetenhausrede erklärte, unser ganzes Leben zusammensetzt — das wird ihr Los bleiben, solange die Nation der Arbeit sich nicht auf ihre Würde und Rechte besinnt und die Nation des Besitzes in die ihr nach Zahl und Verdienst gebührende Stellung zurückweist.

Was leistet die entrechtete Arbeit im Dienste der Nation und was leistet der Besitz? Das ist die Frage, die sich jedem in diesem Wahlkampfe, angefaßt der von Konservativen und Zentrum verteidigten Privilegien des Besitzes aufdrängt. Sind die Arbeiter, die Angestellten, die Kleinhandwerker und Kleinbauern wirklich nicht wert, gleichberechtigt im Staatswesen mitzuarbeiten, bloß weil sie weniger Steuern zahlen? Wer ist es denn anders, als die Nation der Arbeit, die den Klassen des Besitzes ihren Mammon schafft! Von 1900 bis 1908 hat in Preußen das ergänzungspflichtige Vermögen sich von 63,8 auf 91,6 Milliarden Mark, also um 27,8 Milliarden Mark vermehrt. Diese kolossale Steigerung, von der 20,2 Milliarden auf die Städte und nur 7,6 Milliarden Mark auf das Land entfallen, ist in erster Linie der industriellen Arbeit zu danken, die die Grundlage des Nationalwohlstandes ist. Woher diese bedeutende Steigerung sich erklärt, zeigen uns die Ziffern der gewerblichen Lohnstatistik der Unfallversicherungsvereine. Von 1900 bis 1908 stieg der Durchschnittslohn pro Volkarbeiter von 896,59 Mk. auf 1073,59 Mk. oder um 19,7 Prozent. In der gleichen Zeit hob sich das ergänzungspflichtige Vermögen von 70,042 auf 91,653 Milliarden Mark oder um 30,9 Prozent. Die Steigerung der Lohnsumme der Arbeit blieb um ein volles Drittel hinter der Zunahme der ergänzungspflichtigen Vermögen zurück, d. h. die Arbeiterklasse hat nicht in gleichem Maße an der Hebung des Nationalwohlstandes Anteil nehmen können, wie die besitzenden Klassen, die den Löwenanteil der Gewinne des Wirtschafts-

aufschwunges an sich rissen. Dafür durfte indes die Arbeiterklasse die Opfer des Wirtschaftskampfes in vollem Umfang auf sich nehmen. Die Opfer der Besitzenden wiegen gering. Es finden wohl Vermögensverschiebungen zwischen den einzelnen Personen statt, — aber die Klasse der Unternehmer als solche bringt keine Opfer, — sie heimst nur die Gewinne der Volkswirtschaft ein. Den Arbeitern dagegenbürdet die nationale Wirtschaft gewaltige Opfer an Leben und Gesundheit, sowie Entbehrungen auf, — Opfer, die alles übersteigen, was die Nation jemals von ihrer Gesamtheit oder einer Klasse gefordert hat.

Der deutsch-französische Krieg kostete das deutsche Volk 40 000 Tote und 129 000 Verwundete, — ein Opfer, das der nationalen Sache gebracht wurde ohne Unterschied der Bevölkerungsklassen und das allein schon ausreichen sollte, alle Klassenunterschiede im politischen Staatsleben zu beseitigen. Aber das Jahr 1908 brachte der deutschen Arbeiterklasse auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld allein 662 321 Verletzte, davon 9856 Tote und 142 965 Schwerverwundete, die länger als 13 Wochen erwerbsunfähig waren. 1160 bleiben zeitweilig völlig erwerbsunfähig, also Krüppel im vollen Sinne des Wortes; 57 410 wurden zu teilweisen Invaliden, während 74 539 nach vorübergehender Erwerbsunfähigkeit wiederhergestellt wurden. Ein einziges Wirtschaftsjahr liefert mehr als fünfmal soviel Verwundete, 5 Jahre ebensoviel Tote wie der an Opfern so reiche Krieg von 1870/71! Seit dem Jahre 1886, seit Bestehen der deutschen Unfallstatistik, bis 1908, also in 23 Jahren, hat Deutschlands Arbeiterklasse 8 3/4 Millionen Unfälle, darunter 2 Millionen schwere und 163 000 tödliche Verletzungen auf sich nehmen müssen, und nur der kleinste Teil dieses Unglücks ist ihr durch die Unfallversicherung entschädigt worden. Seit 1895 sind für Unfallerschädigungen 1,4 Milliarden Mark aufgewendet — in derselben Zeit stieg das ergänzungspflichtige Vermögen allein in Preußen um 27,8 Milliarden Mark! Auf jeden Unfallrentner entfiel im Jahre 1908 eine Entschädigung von 210,44 Mark, — das steuerpflichtige Vermögen jedes Rentners in Preußen wuchs von 1907 auf 1908 allein um das Sechsfache, um 1247 Mk. (von 59 751 auf 60 998 Mk.)! Hier steigende Opfer, — dort steigende Reichtümer! Und die Vertreter der Reichtümer sollen für alle Zukunft privilegiert sein, Preußen zu regieren, — die Repräsentanten der opfervollen Arbeit in alle Ewigkeit verdammte, entrechtete sein.

Aber die Unfallstatistik erschöpft bei weitem nicht die Opfer der Arbeit. Die deutsche Krankenversicherung zählte im Jahre 1908 allein 5,2 Millionen erkrankte Arbeiter mit 103,9 Millionen unterstützten Krankentagen und 85 594 Sterbefällen. Die Krankenkassen entschädigen in der Regel nur die Hälfte des entgangenen Arbeitsverdienstes. Ein großer Teil dieser Erkrankungen steht mit der Erwerbsarbeit in ursächlichem Zusammenhang, das haben die deutschen Krankenkassentagungen wiederholt befunden. Von 1885—1908, in 24 Jahren, betrug die Zahl der Erkrankungsfälle 74,5 Millionen, die der Sterbefälle 1343,9 Millionen, die der Sterbefälle nahezu 1 1/2 Millionen. Wohl gemerkt, hier handelt es sich um die Klassenmitglieder selbst, also um Erwerbstätige im Dienste der nationalen Wirtschaftsweise.

Und hierzu treten weiter die Opfer der Invalidität! Im Jahre 1908 wurden insgesamt 139 789 Renten anerkannt, — die Zahl der abgelehnten Rentenanträge dürfte nicht viel kleiner sein! Von 1891—1908 sind nahezu 2,2 Millionen Invaliden-, Alters- und Krankenrenten anerkannt worden, im Jahresdurchschnitt über 120 000. Die Zahl wäre bei weitem größer (1903 waren es ca. 175 000), wenn nicht seit Jahren auf eine Ersparnis an Renten hingearbeitet worden wäre.

662 321 Verunglückte, 139 798 Invaliden und 5,2 Millionen Erkrankte, das sind die Opfer der Arbeiterklasse in einem einzigen Wirtschaftsjahr (1908)! Was wiegen die Opfer eines Kriegsjahres, und mag der Krieg noch so grausig gewesen sein, gegen die Unsummen von Leiden und Unglück, die der Wirtschaftskampf der Nation seiner Arbeiterklasse auferlegt. Es ehrt das Reich, daß es durch Einführung der Arbeiterversicherung seine allernächste Pflicht gegen die Arbeiter wenigstens teilweise erfüllte. Aber sind die Arbeiter, die Leben und Gesundheit tagtäglich zur höheren Ehre der Nation in die Schanze schlagen, weniger würdig, mitzuraten in der Volksvertretung, als die Besizenden, die kein Opfer trifft und die lediglich Gewinne aus der Arbeit anderer einheimen? Sind die Arbeiter weniger würdig, als die Einjährig-Freiwilligen, Reserveoffiziere

und Militäranwärter, denen bei Regierungsentwurf ein gehobenes Wahlrecht zuerkannt?

Und noch immer sind die Opfer der Arbeit nicht erschöpft. Zu den Erwerbsunfähigen kommt noch das große Heer der Arbeitslosen, denen die nationale Wirtschaftsweise immense Verluste an Erwerbseinbuße aufnötigt. Eine Reichsarbeitslosenzählung vom Jahre 1895 ergab an einem Dezenbertage 553 000 Arbeitslose — es war ein Jahr des beginnenden Wirtschaftsaufschwunges und ein Tag mittlerer Arbeitslosigkeit. Das Krisenjahr 1907 dürfte reichlich den doppelten Tagesstand an Arbeitslosen ergeben haben. Die Summen, die die deutschen Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung verausgabten (1908: 9,3 Millionen Mark), geben nur einen schwachen Begriff dieser Opfer; es waren die Summen, die die Arbeiterschaft aus eigenen Mitteln aufbrachte, um die Opfer der Arbeitslosigkeit wenigstens nicht ganz im Elend versinken zu lassen. Wer zählt die Opfer, die nicht unterstützt werden konnten, — wer die Kränen, die ungetrocknet blieben, die Klagen, die niemand hörte?

Und während die Arbeiterklasse Tag für Tag und Jahr um Jahr Gut und Blut im Dienste der Nation opfert, während ihr Ruf nach Gleichberechtigung ungehört verhallt, während der Nationalreichtum ins riesenhafte, und die Besitzenden schließen ihnen höhnlachend die Tür der Gesetzgebung vor der Nase zu. Wer will es ihnen, den Entrechteten, den wirklichen Schöpfern aller Werte, den eigentlichen Trägern des Staatswesens, verdienen, wenn sie ungehört an den Parlamentstribünen rütteln und die öffentliche Meinung wachrufen, um gleiches Recht für alle im Lande durchzusetzen? Man unterschätze nicht die Wirkung dieses Appells an das Volksgewissen! Es gibt keine Macht, die einem Volke widerstehen könnte, das kategorisch sein Recht verlangt. Die preussische Wahlrechtsbewegung repräsentiert bereits die Mehrheit des preussischen Volkes, — sie ist der wahre Repräsentant der Nation. Sie wird nicht ruhen und rasten, ehe nicht die Gleichberechtigung aller Staatsbürger anerkannt und das Klassenwahlrecht beseitigt ist!

Aus dem Reichstage.

Die am 7. März beginnende Woche fuhr in der Weiterberatung des Marineetat's fort. Allerhand ist dabei schon in voriger Woche getabelt worden. Nicht aus Sucht am Mikeln und der Luft am Nörgeln, sondern weil in der Verwaltung der Marine der eiserne Felsen wirklich noch nicht gewirkt zu haben scheint, den anzuwenden der Staatssekretär Tirpitz versprochen hat. Die Firma Krupp und das Stummische Werk in Dillingen besitzen das Monopol, der Marineverwaltung Panzerplatten zu liefern. Eine Konkurrenz ist ausgeschlossen. Nicht einmal das Reich kann an die Herstellung von Panzerplatten gehen. Und da der mit der Marineverwaltung abgeschlossene, bis 1915 geltende Vertrag die Bestimmung enthält, daß den Firmen die Lieferungen bleiben, sobald sie gleiche Qualitäten zu gleichen Preisen liefern, wie eine Konkurrenz, so wagt es natürlich keine andre Firma, Proben herzustellen. Und so werden vorläufig die patriotischen Lieferanten Krupp und Stumm's Nachfolger am Marineamt einen glänzenden Kunden haben.

Vom Großen Sudetum waren grundsätzlich die Lasten einer Kritik unterzogen worden, welche die Panzerjottenpolitik dem deutschen Volke und überhaupt allen Völkern auferlegt.

Eine Resolution der sozialdemokratischen Fraktion sollte verhindern, daß Vorkommnisse, die mit den Namen Rabi und Reichsross firmiert worden, sich wiederholen. Abgesehen von den kleineren Vorgängen, gibt es noch Dinge, welche der Aufmerksamkeit bedürfen. Genosse Severing wußte dafür zahlreiche Beispiele anzuführen. Natürlich fühlt die Marineverwaltung sich in allen Dingen rein und weiß wie Neuschnee! Und trotz der kleineren Schmutzgerichtsbehandlung glauben nationalliberale und freijünger Volksvertreter nicht, daß im Danziger Wasserloch noch wertvolle Gegenstände verfenkt seien. Das, was gefunden, soll wertlos sein. So wurde die Resolution abgelehnt.

Die gleiche Verwaltung, welche an Krupp und Stumm's nachfolger Millionen zahlt, geht beim Tagelöhne, wenn die Arbeiter als Schöffen, Geschworene oder Gemeindevorsteher tätig sein müssen. Letzteres ist gewiß ein Zeichen sozialpolitischer Rückständigkeit, wie es ein Ausfluß politischer Dummheit ist, daß bei Einstellen von Arbeitern erst die Polizeipräsidien darüber befragt werden, ob Arbeiter, die eingestellt werden wollen, nicht der Sozialdemokratie angehören oder ob von ihnen eine Gefährdung des Betriebes zu erwarten. Letzteres will heißen, ob sie ihre gewerkschaftlichen Rechte vertreten. Die Antworten der Polizei werden dann auch danach sein. Was geht aber die Meinung der Arbeiter die Wertverwaltungen an! Nichts zeichnet den Tiefstand, welchen staatliche Verwaltungen einnehmen, schärfer, als diese elchhafte Gesinnungsschwäche. Während gewerkschaftliche Propaganda bei den Verwaltungen verpönt ist, fördern sie die Egotisation für die „Gelben“. Sie machen Anschläge, auf welchen zum Belust der Versammlungen aufgefordert wird, in denen die Sozialdemokratie bekämpft werden soll. Natürlich steht die Beispiegelung der Arbeiter in Blüte. Dem Marinebetrieb ist ferner der Vorwurf zu machen, daß er niedrigere Löhne bezahlt wie die Privatindustrie und in verchiedenen Werten genau so rüchichtslos wie ein privater Ausbeuter mit Arbeiterentlassungen vorgeht.

Zum Marineetat gehört auch die Verwaltung von Staatsbau. 552 Quadratkilometer groß, mit 1484 Weizen und 120 000 Eingeborenen, kostet dieses Plätzchen an der chinesischen Grenze in diesem

Stat 8 1/2 Millionen Mark. Seit wir es besitzen, sind 131 Millionen Mark dafür verausgabt. Dazu kommen 250 Millionen zur Wiederherstellung des Bageraustausches. Welcher Vorteil für die deutsche Volkswirtschaft aus den Millionen entstanden, dafür gibt die Regierung keinen Anhalt. Sie wird wissen, warum.

Nachdem der Reichstag bewilligt, sollte die zweite Lesung des Postgesetzes. Der Postminister hat sich elegisch damit ab, daß er es niemand recht mache. Er hat dem Postverkehr weder gefördert, noch verbilligt.

Zu einer Resolution, die verlangte, daß aus den Kreisen des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks der Post ein Beitrag gestellt werden sollte, hatte die Sozialdemokratie einen Antrag gestellt, der auch Arbeiter zu diesem Beitrag ernannt wissen wollte. Der Antrag gelangte auch zur Annahme, aber nun lehnte die Mehrheit die ganze Resolution ab.

Am Freitag hatte der Reichstag Gelegenheit, zu den Taten des Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow Stellung zu nehmen. Der edle und mächtige Herr glaubte den Strom des Wahrscheinlichen verkehren zu lassen zu können. Er verbot diese Versammlung, die unter freiem Himmel tagen sollte, und wollte auch einen Demonstrationsspielzug durch Schützmannen und Schupmannspferde verhindern. Die Berliner Arbeiter lieferten ihm den Beweis, daß ihr Opfermut und ihre Ueberzeugungstreu stärker ist als Polizeiwille und Polizeimacht. Ihre würdige Demonstration, die an einem andern als den ursprünglichen Ort verlegt wurde, ist durch die Polizei nur unangenehm gestört, aber nicht beeinträchtigt worden. Eine Interpellation schloß das ungelegliche Verbot der Versammlung unter freiem Himmel in Treptow. Daß dieses Verbot geistlich, das konnten weder der Minister, noch die Wortführer der bürgerlichen Parteien behaupten. Das mißt um so schmerzlicher, da alle, mit Ausnahme des Fortschrittlichen Volkspartei-Führers Müller, eine der Interpellation unfreundliche Haltung einnahmen. Aber mit ihrem Urteil über das Verbot halten alle zurück, bis der Instanzzug erschöpft ist; das kann recht lange dauern. Daß die Demonstrationen einen ungeheuren Eindruck auf die Abgeordneten und Minister gemacht hat, das hat die Verhandlung der Interpellation bewiesen. Die Genossen Ledebour und Heine, von welchen der erste die Interpellation zu begründen, der zweite die Einwände, die dagegen erhoben, zu entkräften hatte, waren denn auch in der Lage, schließlich, daß in diesem Wahlrechts- und Polizeikampf das Recht, die Moral und schließlich auch bald die gesamte öffentliche Meinung auf Seiten der kämpfenden Arbeiter ist. Diese moralischen Faktoren wirkten auch bei der Interpellation für die Arbeiter.

Der letzte Tag der Woche war der Beratung der Reichseisenbahnerverwaltung gewidmet. Bekanntlich stehen nur die eisenbahnerischen Eisenbahnen und die Ueberwachung des Tarifwesens unter der Verwaltung des Reichs. Im übrigen verwaltet jeder Staat seine Bahnen selbst, wobei die Reichsregierung zu beachten, daß die Interessen des allgemeinen Verkehrs beachtet werden und der Ausbau des Bahnnetzes nach einheitlichen Normen sich vollzieht; Abereinstimmende Betriebsbedingungen und insbesondere gleiche Bahnpolizeireglemente schreibt die Verfassung ferner vor. Da dem preussischen Ministerium auch die Reichseisenbahnen unterstehen, so ist damit auch gesagt, daß die Arbeiter und Beamten der Eisenbahn das preussische Kreuz zu tragen haben: das ist ungünstige Bezahlung, die hinter jener in Privatbetrieben zurückbleibt, Ausnutzung der Arbeitskraft in langer Arbeitszeit, Entziehung der Arbeiter! Daß dem so ist, wurde von den sozialdemokratischen Rednern Gemmel und Böhle nachgewiesen. Das wird auch im wesentlichen so lange so bleiben, bis in Preußen durch Aenderung des Wahlrechts der Einfluß der Arbeiter auf preussischen Weisung ein größerer geworden ist.

Zum nächsten Verbandstage.

In diesem Jahre findet wiederum ein Verbandstag statt. Dazu im Verbandsorgan rechtzeitig Stellung zu nehmen, erscheint mir diesmal besonders angebracht. Denn dieser Verbandstag wird eingehender wie seine Vorgänger zu prüfen haben, was in unserm Verbandsrat anders gestaltet werden muß, wenn er seine Aufgaben voll und ganz erfüllen soll. Wir haben seit dem Münchner Verbandstag Erfahrungen gemacht, die, nutzbringend angewandt, dem Ausbau des Verbandes außerordentlich förderlich sein können.

Ich will in folgendem meine Ansicht über die wichtigsten Aufgaben des Verbandstages den Kollegen unterbreiten. Hoffentlich ergreifen dazu auch andre Kollegen und Kolleginnen das Wort und bringen ihre Meinung im Verbandsorgan zum Ausdruck, so daß bis zum Verbandstage die Meinungen geklärt werden, damit auf demselben erprobliche Arbeit geleistet wird.

Zum erstenmal liegen dem Verbandstage Erfahrungen vor, wie sich die Erwerbslosenunterstützung in der Zeit der wirtschaftlichen Krise bewährt hat. Der Vorstand wird daher gut tun, diesem Abschnitt in seinem Bericht eine größere Betrachtung zuteil werden zu lassen. Jetzt kann auf Grund der gemachten Erfahrungen beraten werden. Darüber, daß sich die Erwerbs- und vor allem die Arbeitslosenunterstützung in der Krisenzeit glänzend bewährt hat, herrscht wohl Einmütigkeit. Auch die früheren Gegner der Arbeitslosenunterstützung werden sich zu der Meinung bekehrt haben, daß die Einführung dieses Unterstützungszweiges von Vorteil für den Verband und seine Mitglieder gewesen ist. Daß wir in der verflochtenen Krise prozentual geringere Verluste an Mitgliedern erlitten haben, als das früher der Fall gewesen ist, kann wohl zu einem großen Teil der Erwerbslosenunterstützung auf Konto gesetzt werden. Der Verbandstag wird aber zu prüfen haben, ob die Leistungen der Mitglieder den Gegenleistungen des Verbandes entsprechen. Da bin ich nun der Ansicht, daß dieses nicht der Fall ist. Die Beiträge, die der Verband von den Mitgliedern erhält, stehen nicht im richtigen Verhältnis zu den Leistungen, zu denen sich der Verband verpflichtet hat. Und die Kritik hat sich gezeigt, daß die Erwerbslosenunterstützung einen Teil der Gelder mit aufgebraucht hat, die jetzt als Kampfmittel zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bereit liegen müßten. Da nun die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die wichtigste Aufgabe unseres Verbandes ist, müssen dazu ausreichende Mittel unter allen Umständen beschafft werden. Dieses ist um so mehr notwendig, als zu den Lohnverminderungen, die aus dem Wirtschaftskreislauf der Krise gebracht hat, noch eine Verschärfung der Lebenshaltung durch die Erhöhung der indirekten Steuern gemeint ist. Hierfür einen Ausgleich und noch darüber hinaus eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, ist ohne Kampf und damit verbunden erhebliche Opfer nicht zu erreichen.

Wenn aber durch die Erhöhung der Steuern, so ist der Verbandstag dazu da, für Herbeischaffung der notwendigen Mittel zu sorgen. Es sind solche Maßnahmen, die beschritten werden können. Daß man aber darauf besteht, daß für mich in weiterem Sinne eine

Beitragsverhöhung in Betracht kommt. Eine Finanzreform da, wo sie alle gleich trifft, ist immer der beste Ausweg, den ein Verbandstag hat. Bei einer Verringerung der Unterstützungssätze würde ein Teil der Mitglieder härter betroffen, als der andre, weil diejenigen im Vorteil wären, die zu den jetzigen Sätzen bereits erhebliches bezogen haben, und nun andern entzogen wird, was sie über ihre Leistungen hinaus erhalten haben. Eine Verringerung der Prozente für die Lokalkassen kann auch nicht in Frage kommen, weil die Aufgaben der Zahlstellen sich durch allerhand Einrichtungen, die Ansprüche an die Lokalkassen stellen, vermehren und erweitern. Hierunter meine ich Arbeiterssekretariate, Kartelle, Bibliothek, Bildungsausschüß, Jugendheime usw.

Außerdem kommen noch andre Verpflichtungen dazu. Eine Finanzreform auf Kosten der Lokalkassen würde zweifellos für den Verband kein ausreichendes Ergebnis liefern und den Zahlstellen zum Schaden gereichen, die eine ökonomische Verwendung ihrer Mittel sich angelegen sein lassen. Es gibt zweifellos einige Zahlstellen, denen ohne Schaden die Prozente beschnitten werden könnten, diese sind jedoch die unbedeutenderen. Die Zahlstellen können sehr gut zu ökonomischer Verwendung ihrer Mittel erzoogen werden, wo es heute noch nicht der Fall sein sollte. Kurz, für eine Finanzreform auf Kosten der Unterstützungen oder auf Kosten der Lokalkassen bin ich nicht. Das erstere schafft Verärgerungen, das zweite ist ein Herausnehmen aus der einen und ein Hineintun in die andre Tasche. Gebesser ist damit nichts. Dagegen kann unsern Mitgliedern sehr gut angeraten werden, zur Verbesserung ihrer Lage noch ein weiteres Opfer von zehn Pfennigen pro Woche zu bringen. Alle Verbände haben größere Bereitwilligkeit für kommende Kämpfe beschlossen, es wäre ein Armutszeugnis, wenn wir uns nicht zu gleichem bereithalten würden. Neben der Beschaffung von ausreichenden Mitteln für wirtschaftliche Kämpfe ist die Ausgestaltung unseres „Proletariats“ nunmehr spruchreif. An unserm „Proletariat“ habe ich an der redaktionellen Führung nicht nur nichts auszusetzen, sondern ich zolle ihr größte Anerkennung. Dieses veranlaßt mich aber gerade, dafür zu erklären, daß mit der Arbeitskraft des Redakteurs nicht Raubbau getrieben wird. Alle Gewerkschaftsblätter von gleichem Umfang haben mehr als einen Redakteur. Außerdem kommt bei uns noch in Frage, daß wir mehr verschiedenartige Industriezweige als Organisationsgebiet haben, als je eine Gewerkschaft. Eine ganze Anzahl Unternehmerverbände und deren Blätter sind von unserer Redaktion im Auge zu behalten. Es gibt Arbeit für mehr als zwei, aber die Anstellung eines zweiten Redakteurs halte ich unbedingt für notwendig. Im Hauptvorstand halte ich die Schaffung einer statistischen Abteilung für angebracht. An den Unterstützungs-Einrichtungen möchte ich nur wenig geändert wissen. Die Steigerung der Unterstützungsätze bei der Erwerbslosenunterstützung könnte in zweijährigen Zwischenräumen erfolgen. Die jetzigen einjährigen Steigerungen ermöglichen die zu schnelle Erreichung der Höchstleistungen. Die Statutenberätungskommission, die bekanntlich das erste mal in der in München geschaffenen Form zusammentritt, hat eine wichtige Aufgabe, die Schaffung klar verständlicher, knapper Bestimmungen, zu lösen. An Anregungen durch Anträge werden es die Kollegen allerorts nicht fehlen lassen. Die wichtigste Aufgabe des nächsten Verbandstages ist nach meiner Ansicht, Mittel zu beschaffen, damit die Organisation die kommende Hochkonjunktur zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen voll ausnützen kann. Ist über die Frage: wie beschaffen wir die Mittel zur Durchführung unserer Aufgaben, Einigkeit vorhanden, wird sich auch für den Ausbau in organisatorischer Hinsicht erprobliches erreichen lassen. Mögen uns auch weitere Opfer in der gegenwärtigen Zeit nicht leicht fallen, sie müssen willig und gern gebracht werden, weil es die Notwendigkeit erfordert. Wenn wir der Organisation 10 Pf. mehr geben pro Woche, so macht das erst einen Bruchteil von dem aus, was uns der Schnapsblod mit seiner Finanzreform von unserm karglichen Lohn gestohlen hat. Was uns Junker und Pfaffen gestohlen haben, soll uns die Organisation wieder verschaffen. Würden wir mit den Beiträgen knausern, so wäre das eine Sparjamkeit am unrechten Platze, die sich rächen würde. Wenn wir jetzt die Organisation kräftigen, so wird sie mit Zinseszins unsere Aufwendungen wieder einbringen. G. Höppler-Altenburg.

Wer schimpft?

In Nr. 3 des „Proletariats“ haben wir in einem Artikel mit der Ueberschrift „Judenische Brüderchen“ einige Vorwürfe zurückgewiesen, die auf dem 11. Verbandstage der Bauhilfsarbeiter gegen den Fabrikarbeiterverband erhoben wurden. In der Einleitung sagten wir ausdrücklich, daß uns solche Auseinandersetzungen keine Freude machen und daß wir eine Entgegnung auf die Vorwürfe, die teils in Unkenntnis, teils in weniger entgegengesetzten Eigenheiten ihren Grund haben, vermeiden hätten, wenn nicht das Verbandsorgan der Bauhilfsarbeiter diese Debatte unumgänglich freigegeben und dabei — wie wir aus dem Artikel — „die Wahrheit etwas gar zu sehr ungenutzt“ hätte. Also lediglich gegen die Art, wie der „Bauhilfsarbeiter“ eine ungeschickliche und ungeschickte Behandlung der Streitfrage auf dem Verbandstage benutzte, um öffentlich gegen die inoffiziellen Verbände, namentlich gegen den Fabrikarbeiterverband, Stimmung zu machen, hat uns zu einer Erwiderung veranlaßt. Wir betonen das, weil der „Bauhilfsarbeiter“ jetzt den Versuch macht, die Sache zu vergrößern. In einem Artikel, betitelt „Wer schimpft, hat Unrecht“, greift die Redaktion, die sie von uns „in der häßlichsten Weise angegriffen“ worden, unsern Artikel: „Judenische Brüderchen“ als „eine in Reichsverbandstil gehaltene Schimpfwort“ und was dergleichen Unbesonnenheiten mehr sind. Wir anerkennen gern den Wert der Redaktion des „Bauhilfsarbeiters“, den Ton des Blattes dem aus demselben abgesehen, fühlen uns jedoch nicht verpflichtet, in dieser Hinsicht dem gleichen Töne zu erwidern. Gibt die Redaktion es wirklich mit dem Sprichwort: „Wer schimpft, hat Unrecht“, so wird ihr ein Vergleich unseres Artikels mit ihrer eigenen Entgegnung gegen, daß sie sehr Unrecht hat.

Für Sache selbst sagt die Redaktion des „Bauhilfsarbeiters“ leider wenig. Unter Einwirkung hat er sich „für die Sache“

weil sie — doch lassen wir den „Bauhilfsarbeiter“ reden: „Wäre der „Proletariat“ zu den Schreibern, die er anspricht, auch noch den Ort angeben, wohin sie gerichtet wurden, wie könnten ihm aus untrer Korrespondenz sehr leicht nachweisen, daß die Briefe entstanden sind, weil man doch wenigstens den Schein wahrnehmen mußte.“ So der „Bauhilfsarbeiter“! Wir bemerken dazu — ohne zu schimpfen —, daß mit Leuten, die so leichtfertig verächtliche Behauptungen aufstellen, sachliche Auseinandersetzungen sehr schwer, wenn nicht unmöglich sind. Unter anständigen Menschen ist es üblich, das, was ein andrer sagt oder schreibt, für dessen Ueberzeugung zu halten, solange man nicht den Beweis vom Gegenteil hat; der „Bauhilfsarbeiter“ beliebt das umgekehrte Verfahren — er charakterisiert dadurch nur sich selbst.

Der „Bauhilfsarbeiter“ will dann den Beweis für die Nichtigkeit seiner Behauptungen dadurch führen, daß er die Rede des Genossen Töpfer — die Bauarbeiter scheinen Wert auf die Feststellung zu legen, daß T. nicht Redakteur ist, sondern war — nach dem Stenogramm anführt. Nun richteten sich aber, wie schon oben betont, unsere Ausführungen gar nicht gegen die Ausführungen des Genossen Töpfer — wir kannten das Stenogramm gar nicht —, sondern gegen das Referat über diese Ausführungen im „Bauhilfsarbeiter“. Dedek sich demnach die Ausführungen Töpfers mit dem Artikel im „Bauhilfsarbeiter“, so ist mit dem Stenogramm nicht das Geringste gegen uns bewiesen; denn Unwahrheiten werden nicht dadurch zu Wahrheiten, daß sie doppelt erhoben werden. Dedek sie sich aber nicht, so hat der „Bauhilfsarbeiter“ nur bewiesen, daß er über den Verbandstag des eigenen Verbandes unrichtige Aussagen gemacht hat. Nun dedek sich die Ausführungen Töpfers mit den Ausführungen des „Bauhilfsarbeiters“ in den wesentlichsten Punkten nicht. Nach dem Stenogramm hat Töpfer erklärt: „Während der Dauer des Kampfes (Aussperrung in Hamburg) hat die Hamburger Zweigvereinsleitung des Fabrikarbeiterverbandes ein Zirkular an die Bauhilfsarbeiter in ihrer Organisation verfaßt, in dem sie die Mitglieder auf das Kartellverhältnis aufmerksam machte und sie dahin weist, wohin sie gehören, in die Organisation d. Bauhilfsarbeiter“. Töpfer hat dann auch das Zirkular verlesen und jedenfalls auch die Stelle, in der es heißt, daß der Uebertritt nach dem Kampfe erfolgen soll. Die Redaktion des „Bauhilfsarbeiters“ verkehrt die Aussagen Töpfers in ihr Gegenteil. Sie läßt das Zirkular nicht von der Hamburger Zweigvereinsleitung, sondern vom Zentralvorstand des Fabrikarbeiterverbandes, und nicht während des Hamburger Kampfes, sondern nachdem er „belegten Verbände circa 50 000 Mk. gelostet“, also, nachdem er beendet ist, ausgehen, und sie erwähnt nicht nur kein Wort davon, daß das Zirkular ausdrücklich fordert, daß der Uebertritt nach Beendigung des Kampfes erfolgen soll, nein, sie betont ausdrücklich, die Aufforderung sei ergangen, „da feststehe, daß auch die kommende Tarifbewegung große Opfer erfordern werde.“ Die Konstatierung des Genossen Töpfer war ein Beweis dafür, daß die Zahlstelle Hamburg den Vertrag in loyalster Weise respektierte und durchzuführen suchte, der betreffende Passus im „Bauhilfsarbeiter“ unterstellt dem Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes eine unanständige Handlungsweise. Auch die weitere Behauptung: die Aufforderung zum Uebertritt sei erst in letzter Stunde erfolgt, d. h. nachdem der Fabrikarbeiterverband sich durch Einziehung der Beiträge gar keine Aufgaben bei der letzten Aussperrung in Hamburg schuldig gemacht hätte, ist von Töpfer nicht in dieser unglücklich schließlichen Form aufgestellt worden. T. hat vielmehr bemängelt, daß die Hamburger Zahlstelle erst nach sechs Monaten wieder an ihr Zirkular erinnert habe, und daran den Satz geknüpft: „vielleicht wollten sie die Unkosten, die ihnen die Aussperrung verursacht hat, zum Teil erst auch wieder einsparieren.“ Das ist zwar auch schon ein achtbares Stückchen Demagogie, aber an die dummdreiste Behauptung, die der „Bauhilfsarbeiter“ daraus zurechtbaut, reißt es nicht entfernt heran.

Wir anerkennen also ausdrücklich und gern, daß die Redaktion des „Bauhilfsarbeiters“ den Beweis dafür geliefert hat, daß sie über die Verhandlungen des eigenen Verbandstages in einer Weise berichtet hat, die — mir drücken uns sehr milde aus — mit der Wahrheit in denkbar lofterer Verdrängung steht. Wären unsere Vorwürfe im ersten Artikel gegen den Genossen Töpfer gerichtet gewesen, so müßten wir sie heute mildern, da sie sich aber gegen die Redaktion des „Bauhilfsarbeiters“ richten, haben wir nicht nur nichts davon zurückzunehmen, sondern wir müßten sie eigentlich noch wesentlich vermehren und verschärfen.

Den Schlußsatz und einige andre Ungezogenheiten des Artikels übergehen wir. Die Redaktion des „Bauhilfsarbeiters“ hat das gute Recht, sich der Umgangformen zu bedienen, die ihr gefällig sind, und sie darf in ihren Artikeln soviel geschmacklose Anspielungen — zu sachlicher Grobheit hat es der zwei Wochen in unbeholfenem Horn strapazierte Redaktions-Geist nicht bringen können — unterbringen, wie sie will. Wir nehmen ihr das nicht krumm, jammern nicht, daß sie uns „in häßlichster Weise anpöbelt“ und nennen das Zeugnis ihrer Bruderliebe nicht „eine Schimpfwort im Reichsverbandstil“, denn wir begreifen durchaus die fatale Situation, in der die Redaktion des „Bauhilfsarbeiters“ sich befindet; eine Situation, die sie prägnant und gut gezeichnet mit ihrem Motto: Wer Unrecht hat, der schimpft!

Warum haben die Arbeiterinnen kein Wahlrecht zu den Gewerbegerichten?

Nach den geltenden Gesetzesbestimmungen ist die Frau in Deutschland minderen Rechts als der Mann. Obwohl sie als Staatsbürgerin in derselben Weise zur Tragung der Staatslasten herangezogen wird, erhält sie doch eine andre Behandlung insofern, als ihr das höchste Recht, das ein Staat zu vergeben hat, das Wahlrecht, vorenthalten wird.

Neben der Ungerechtigkeit, die in der Verweigerung eines Rechts für den weiblichen Teil der Bevölkerung liegt, das man der männlichen Bevölkerung ganz allgemein nach einem gewissen Alter gewährt, bedeutet die Ausnahmestellung, die die Frauen im politischen Leben einnehmen, auch eine Schädigung in wirtschaftlicher Beziehung. In den verschiedensten Zweigen des Wirtschaftslebens ist die Frauensarbeit im Laufe der letzten Jahre in einer Weise gestiegen, daß sie zu einem Faktor geworden ist, mit dem unbedingt gerechnet werden muß. Nach der im Jahre 1907 veranstalteten Berufs- und Gewerbeerhebung arbeiten in Deutschland über 9 Millionen Frauen und Mädchen. Ihre Zahl hat sich seit 1895 um nahezu 3 Millionen oder 44 Prozent vermehrt. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist schneller gestiegen, als die der weiblichen sowie der Bevölkerungsgesamtheit überhaupt und ist ein Beweis für die veränderten Verhältnisse im Wirtschaftsleben. Dies müßte eigentlich genügen, um nun auch für die weibliche Bevölkerung eine Veränderung der rechtlichen Stellung eintreten zu lassen und sie den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen.

Die Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen gebiugt naturgemäß auch eine erhöhte Inanspruchnahme der Gewerbegerichte durch die Arbeiterinnen. Diese Gerichte sind aus der Notwendigkeit heraus geschaffen worden, Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis schnell und unter Ausschaltung des zerräutenden und mit Verhältnissen verknüpften ordentlichen Rechtsweges erledigen zu können. Es sind Laiengerichte, die zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einem unparteiischen Vorsitzenden bestehen, der weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein darf. Den Vorsitzenden wählt der Magistrat bezw. die Gemeindebehörde, während die Beisitzer durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt werden.

An dieser Wahl dürfen sich aber nur solche Personen beteiligen, die zum Amte eines Schöpfen fähig sind. Das gleiche trifft auch für das Recht der Wählbarkeit zu. Wer Schöffe sein kann, bestimmt nun der § 31 des Gerichtsverfassungsgesetzes, welcher lautet: „Das Amt eines Schöpfen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen verliehen werden.“ Da „ein Deutscher“ nur ein Mann sein kann, so ist durch den besagten Paragraphen es den Frauen verweigert, das Amt eines

Schöpfen aus ihnen. Gleichzeitig ist aber durch diese Bestimmung auch den arbeitenden Frauen und Mädchen das Recht genommen, sich an den Weisheitswahlen zu den Gewerbegerichten zu beteiligen und selber als Kandidaten zu kandidieren.

Für die große Zahl der Arbeiterinnen bedeutet dies nun eine große Schädigung. Nach den Motiven, die dem Gesetzentwurf herr. Gewerbegerichte beigegeben waren, sollte die Hinzuziehung von Arbeiterinnen und Arbeitern bei der Beurteilung und Entscheidung von Streitfällen auch den Zweck haben, „eine des Vertrauens der Beteiligten versicherte Rechtsprechung“ zu schaffen. Das Vertrauen der Arbeiterinnen zu den Gewerbegerichten würde aber sicher gehoben werden, wenn auch Frauen an der Wahl sich beteiligen und selbst Weisler sein dürften. Wenn auch anerkannt werden muß, daß im allgemeinen die Gewerbegerichte, auch in ihrer jetzigen Zusammensetzung, in objektiver Weise bestrebt sind, auch die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten, so würde doch mancher Streitfall anders beurteilt und entschieden werden, wenn Arbeiterinnen ebenfalls mitwirken würden. Dies haben selbst Weisler zugegeben und aus der Praxis heraus die Beteiligung der Bestimmungen gefordert, die den Arbeiterinnen das Wahlrecht verleiht.

Auf die Dauer läßt es sich auch vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus nicht aufrechterhalten, daß Millionen von Frauen, die man zu Steuerleistungen und dadurch zur Erhaltung aller staatlichen und kommunalen Institutionen mit heranzieht, und die als Arbeiterinnen an der Gestaltung des Wirtschaftslebens mit beteiligt sind, fernerhin als Rechtlose, als Weisler zweiter Klasse behandelt werden.

Die Regierung selbst hat dies schon eingesehen, wie z. B. der Entwurf zum Arbeitsamtergesetz beweist. Trotzdem ist diesem Gesetze besondere Bedeutung beigemessen, weil es der Arbeiterin ein Mitbestimmungsrecht auf wirtschaftspolitischen Gebieten und eine gesetzliche Vertretung sichern soll, ist doch den Arbeiterinnen in dem Entwurf das aktive und passive Wahlrecht zu diesen Körperlichkeiten als etwas ganz Selbstverständliches zuerkannt worden. Ferner zeigt die Begründung zum Reichsvereinsgesetz, daß rechtliche Bedenken für die Aufrechterhaltung des § 31 des G.-B.-G. in der jetzigen Form nicht mehr maßgebend sein können. Dies ist auch um so weniger möglich, als z. B. nach dem G.-B.-G. es den Frauen gestattet ist, als Vormünder für eigene und fremde Kinder zu fungieren und auch in der Krankenversicherung den weiblichen Klassenmitgliedern seit je das aktive und passive Wahlrecht zusteht.

Allerdings ist trotzdem noch in dem im Jahre 1904 in Kraft getretenen Reichsgerichtsgesetz betreffend Kaufmannsgerichte, die für die im Handel tätigen Angestellten dieselben Funktionen zu erfüllen haben, wie die Gewerbegerichte für die Arbeiter und Arbeiterinnen, den weiblichen Angestellten des Handelsgewerbes das Wahlrecht vorenthalten worden. Die auch hier gebotene Ausschaltung des weiblichen Geschlechts ist aber wohl nur im Hinblick auf die gleichen Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes erfolgt und wird, wenn sie hier beibehalten ist, ohne alle Frage auch dort fallen. Auch die weiblichen Angestellten des Kaufmannsgewerbes haben somit ein Interesse an der Abänderung des § 31 des G.-B.-G.

Die Minderjährigkeit des Wahlrechts an die Arbeiterinnen unter Hinweis auf das G.-B.-G. wirkt auch in hohem Maße beleidigend, weil man dadurch die Frauen auf eine Stufe stellt mit Verbrechern und geistig nicht Normalen. Der § 32 des G.-B.-G. erklärt nämlich nur diese Personen zum Amte eines Schöffen nicht fähig. Das Gewerbegerichtsgesetz beruft sich in seinem § 11 auf die §§ 31 und 32 des G.-B.-G. und das Reichsgericht herr. Kaufmannsgerichte übernimmt wörtlich die Bestimmungen des § 32 des G.-B.-G.

Die rund 9 Millionen erwerbstätiger Frauen und Mädchen sind in hohem Maße daran interessiert, daß ein für die weibliche Bevölkerung bestehendes Ausnahmerecht beseitigt wird, das ihr die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen unmöglich macht. Für die Arbeiterinnen würde die Abänderung des § 31 des G.-B.-G. die Möglichkeit bedeuten, in den auch für sie geschaffenen Laiengerichten mitzuwirken an der Schaffung einer Rechtsprechung, die wirklich das Vertrauen aller Beteiligten genießt, und die mit dazu berufen ist, den Arbeiterinnen den für sie so besonders schweren Kampf ums Dasein zu erleichtern.

Aus der Zement- und Ziegelfabrikation. Achtung, Zieglerkollegen!

Bei vielen Ziegelfabrikanten besteht noch die Gepflogenheit, Arbeitsverträge für die ganze Kampagne abzuschießen. Diese Verträge sind meistens, die auch jede Bewegungsfreiheit während des Sommers nehmen. Wollen wir aber die nun eintreffende bessere Geschäftslage ausnutzen, um unser Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, so muß diese Gepflogenheit beseitigt werden. Kein Kollege nehme deshalb Arbeit an, wenn ihm nicht eine höchstens vierzehntägige Kündigungsfrist eingeräumt wird.

— Ziegelfabrikanten und gefühllose Unternehmer.

In Freiwaldau in Schl. sind zwei große Dachstein- und Falzriegel-Fabriken. Die eine Fabrik gehört einer Aktien-Gesellschaft deren Direktor Herr Sturm ist; die andere gehört dessen Bruder, Herrn Siebert Sturm. Mit dem einen dieser beiden Herren hat sich der „Proletarier“ am 19. Juni 1909 bereits beschäftigt, indem er über die Generalversammlung des Verbandes der Zement-Industriellen — Sektion der Dachziegel-Fabrikanten — berichtete. In dieser Versammlung referierte der Ziegelfabrikant Herr Sturm über die Frage: „Was kann getan werden, um das übermäßige Ansteigen der Unfallkosten zu verhindern?“ In seinem Referat jammerte Herr Sturm über die hohen Unfallkosten, die an die verletzten und verkränkelten Arbeiter gezahlt werden müßten. Er machte dann Vorschläge, wie diese hohen Unfallkosten, vermindert werden könnten, und führte unter anderem folgendes aus:

„Die Untersuchung der Rentenempfänger müßte schärfer gehandhabt werden wie bisher, bei Finger-Verletzungen empfehle ich, gleich einen Teil oder den ganzen Finger abzunehmen, weil ein steifer Finger bei der Arbeit stört, während beim Fehlen des Fingers sehr leicht Gewöhnung eintrete, und für einen steifen Finger öfter Entschädigung gezahlt werden müsse, als bei Verlust des Fingers.“

Nach diesen Ausführungen, die von einer außerordentlichen Genugtuung zeugen, schloß Herr Sturm mit einer Aufforderung an die Unternehmer, alle Gefühlsduseleien und Empfindlichkeit abzuwerfen.

Wir erwähnen diese Ausführungen lediglich deswegen noch einmal, weil dadurch in uns die Frage auftaucht: Wie mag das Los der Arbeiter beschaffen sein, die bei einem derartigen Unternehmer in Arbeit stehen? Demals hatten wir mit den Leuten noch keine Verbindung; eine Organisation kannten sie nicht. Nunmehr ist es anders geworden, die Arbeiter streifen die Harmonieduseleien allmählich ab und fördern der Organisation zu. Nachstehend wollen wir kurz die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Freiwaldauer Dachsteinfabriken schildern. Die Löhne sind in beiden Fabriken gleich und betragen für gewöhnliche Tagelöhner 18 bis 20 Pf. pro Stunde; im Sonntags- und auf dem Platz 22—25 Pf. Bei schwerer Akkordarbeit werden bei 10stündiger Arbeitszeit 18—18 Mt. pro Woche verdient. Mancher Akkordarbeiter muß sich aber auch mit 13 und 14 Mt. begnügen. In diesen beiden Fabriken sind auch über 200 Frauen beschäftigt, deren Lohn ebenfalls außerordentlich niedrig ist. Deren Akkordlöhne betragen 9—10 Mt. pro Woche, der Stundenlohn 10 Pf. pro Stunde. Diese hier angeführten Löhne wurden bei voller Arbeitszeit erzielt. Im verfloßenen Herbst wurden aber diese Zammerlöhne in beiden Fabriken noch um 30 bis 50 Prozent reduziert und die Arbeitszeit von 10 auf 7 1/2 Stunden verkürzt.

Wären die Löhne schon der Reduzierung derart niedrig, daß es unmöglich war, auch nur einigermaßen damit auszukommen, so brach für die Arbeiter jetzt eine wahre Hungerszeit an. Arbeiter,

die ihren Humor trotzdem nicht ganz verloren, nannten diese Fabriken „Anstalten für Hungerkranke“.

Während des Winters betrug also der Wochenverdienst der männlichen Tagelöhner 7—10 Mt., der der Frauen 4 Mt. Die Akkordarbeiter hatten auch nicht viel mehr. Die Reduzierung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit gab Herr Sturm den Arbeitern folgendermaßen bekannt. Er rief die Arbeiter zusammen und sprach ungefähr folgendes:

„Arbeiter, ihr müßt euch jetzt mehr einschränken, es geht einmal nicht anders, ihr müßt es auch tun. Geht in keine Vereine, laßt das Raufahren sein, trinkt keinen Schnaps und raucht keine Zigarren. Geht auch keine Wurst, denn es ist doch nur Salz und Pfeffer drin, was nach ihr Durst bekommt. Wenn ihr das tut, so werde ich schon auskommen.“

Man sieht, Herr Reinhold Sturm hat wirklich alle „Gefühlsduseleien“ abgeworfen. Blutiger kann man die Arbeiter nicht mehr verhöhnen, wie es hier Herr Sturm getan hat.

Auch sonst geht dieser Herr sehr gefühllos mit seinen Arbeitern um. Als einmal zwei Arbeiter nach seiner Meinung die Steine zu stark aufwarfen, gab er einem davon eine traktierte Ohrfeige. Der gemüthlichste Arbeiter verließ die Arbeit mit der Bemerkung: „Das Weitere wird sich schon finden“, worauf Herr Sturm den anderen Arbeiter zurief: „Habt ihr keinen Knüttel hier?“ Nachträglich meinte er noch zu den Okerleuten, daß sie eigentlich die Ohrfeige verdient hätten, weil sie den jungen Leuten zu wenig Disziplin beibrächten. Ein Arbeiter, der sich hierzu die Versicherung erlaubte, daß die Zeiten doch vorüber sind, wo sich die Arbeiter einander prügeln, bekam dafür Strafarbeit und später wurde er ganz hinausbugliert.

Auch sonst ist sehr viel faul im Staube Sturm. In dem räumlich weit ausgedehnten Betriebe der A.-G. befindet sich nur ein Brunnen, in welchem aber kein Quell-, sondern Tränkwasser ist. Besonders bei längerem Regenwetter ist das Wasser weiß wie Buttermilch und absolut ungenießbar. Die Arbeiter sind also gezwungen, entweder zu bürsten oder diese ungesunden Freude zu trinken. Wascheinrichtungen sind nicht vorhanden. Die Bedürfnisanstalten befinden sich in einem Zustande, daß ihre Benutzung geradezu lebensgefährlich ist, auch werden sie nur alle hohen Feste einmal gereinigt.

Nach schlimmer sind in mancher Beziehung die Verhältnisse bei Siebert Sturm. Obwohl in diesem Betriebe rund 300 Arbeiter beschäftigt sind, ist gar kein Trinkwasser vorhanden. Waschgelegenheit, Speise- und Umkleideräume sind dort unbekannt Dinge. Für die Frauen besteht so etwas wie ein Speiseraum, doch können sie nur über mehrere Brennhefen dahin gelangen.

Diese traffen Verhältnisse scheint der Gewerbeinspektor nicht zu kennen, obwohl er schon mehrere Male im Betriebe war. Den Herren Zieglerproleten ist es auch sehr unangenehm, wenn die Verhältnisse in ihren Betrieben einer Kritik unterzogen werden. Als einmal ein kurze Notiz darüber in einem Parteiblatt erschien, ließ Herr Siebert Sturm den vermeintlichen Kritiker zu sich rufen und drohte ihm mit der Polizei, wenn es noch etwas über seinen Betrieb schreibe.

Die Lohnkürzung und die damit verbundenen Entbehrungen haben die Arbeiterin dieser Betriebe endlich aufgereizt und den Weg zur Organisation finden lassen. Sollen aber Knechtung und Verhöhnung aufhören, sollen die Löhne so steigen, daß es möglich wird, damit ein menschenwürdiges Dasein zu führen, so müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen von Freiwaldau alle, ohne Ausnahme, im Fabrikarbeiterverband organisieren. An unsre Freiwaldauer Kollegen richten wir deshalb den Appell, dieses Frühjahr, ganz besonders aber die Osterfeiertage zur regen Agitation auszunutzen, damit es vorwärts gehe.

— Zur Bewegung an der Unterelbe. Infolge der im Vorjahre vorgenommenen Lohnreduzierung haben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Ziegeln der Unterelbe einen bedauerlichen Tiefstand erreicht. Die von den Unternehmern ins Feld geführte Begründung, daß der Geschäftsgang schlecht und die Ziegelpreise niedrig seien, entspricht nicht den Tatsachen. Im Gegenteil, die großen Vorräte der letzten Jahre sind meist verkauft, in manchen Ziegeln ist kein Stein mehr zu finden. Für die Ziegelfabrikanten ist mithin kein Anlaß zum Klagen vorhanden, um so mehr aber für die Arbeiter. Die Kosten für ihre Lebenshaltung haben sich ungemein gesteigert; die Nahrungsmittel sind teurer geworden, auch die Getränke, die besonders in den Ziegeln der Unterelbe — wegen der traurigen Trinkwasserhältnisse — einen beachtenswerten Ausgabe-posten darstellen, sind gewaltig im Preise gestiegen. Dazu kommt noch die Tatsache, daß die Ziegelmehrer durch direkte Verträge und Lohnprelleisten, die im Vorjahre eine erschreckende Höhe erreichten, die Arbeiter immer mehr ausbeuten suchen. Diese eintretenden, besonders im Vorjahre geübten Ausbeutungsmethoden werden zweifellos auch in der diesjährigen Kampagne wieder versucht werden.

Dem gilt es nun entgegenzuwirken, und zwar durch Forderung höherer Löhne, dann aber auch durch die Beseitigung der vorhandenen Mißstände, was natürlich nur durch eine geschlossene Organisation möglich ist. Die Forderung einer Lohnreduzierung ist bei der verschiedenen Arbeitsweise und vor allem bei der Verschiedenheit der bisher gezahlten Löhne nicht leicht zu lösen. Es sollen nun für die einzelnen Arbeitergruppen Mindestlöhne gefordert werden, deren Ergänzung noch an verschiedenen Orten nötig sein wird. Dieselben betragen pro Woche für

Brenner und Handstreicher	35 Mt.
Erdbauer, Ofenarbeiter, Ein- und Aus-schieber	30 "
Pressarbeiter	27 "
Wagenschieber und sonstige Arbeiter	25 "
Arbeiter unter 18 Jahren, soweit sie in den vorstehenden Kategorien nicht einbezogen sind	20 "
Arbeiterinnen	15 "

Weiter wird die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit sowie Verbesserung der hygienischen und sanitären Einrichtungen, vor allem aber eine ausreichende Kontrolle in den Kommunen und den Kantinen gefordert.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, sie eventuell zu erzwingen, sind seit einiger Zeit die Kollegen an dieser Stelle aufgefordert worden, keine Kontrakte mit längerer als 14tägiger Kündigungsfrist abzuschließen. Um die Beseitigung der vielen Mißstände in den hiesigen Ziegeln zu ermöglichen, werden adreßierteren Käufern und Fragerlanten an alle Ziegler verteilt. Aufgabe unserer Kollegen ist es, nicht nur selbst die gestellten Fragen zu beantworten und dem Kollegen Hüppner-Stade zuzulinden, sondern auch die unorganisierten Arbeiterkollegen zur Einigung zu veranlassen. Insbesondere soll diese Einrichtung mit dazu beitragen den Ziegelfabrikanten an der Unterelbe, Oste und Eise Rat und Hilfe in allen Angelegenheiten angeben zu lassen. Jeder Kollege muß sein ganzes Können und Wissen in den Dienst der Organisation stellen. Fast Tausenden zählen die Ziegelfabrikanten an der Unterelbe, die der Einführung aus dem Joch der Ausbeutung und Knechtung harren, und nur der Zusammenstoß kann sie ihnen bringen. Wägen deshalb unsere Kollegen in der kommenden Kampagne auf dem Posten sein, es nicht an der Mitarbeit fehlen lassen und sich zur Ehrenpflicht machen, die Einheit der Ziegler und den Anschluß an unsere Verbände zu fördern. Nur so können die Ziegelfabrikanten den oben gestellten Forderungen Nachdruck verleihen, sich bessere Bezahlung und menschenwürdige Zustände erringen.

— Weiskau. Schon öfters waren wir gezwungen, das brutale und schamhämische Gebaren der Ziegelfabrikanten von Kalau zu kennezeichnen. Unser letzter Bericht, in dem wir darauf hinwiesen, daß die Herren im Frühjahr die Lebenskraft der Organisation zu sparen beabsichtigen, hat dieselben anscheinend zu noch regerer Tätigkeit angepornt. Es scheint nun dem Direktor Schard gelingen zu sein,

auch die klugen Unternehmer dem „Bund“ anzugliedern, um so sämtliche Arbeiter unter der Fuchtel zu haben. Es steht nun ganz in der Hand der Direktoren und deren Werkzeuge, Arbeiter und Arbeiterinnen sechs Monate auf die schwarze Wüste zu bringen und in dieser Zeit ihre Beschäftigung auf den Werken des „Bundes“ zu verhängen.

Tranrig ist es nun, daß die Mehrzahl der Arbeiter, anstatt jetzt noch energischer für ihre Menschenrechte einzustreiten, sich von diesem Anglistprodukt der Unternehmer einschüchtern läßt, obwohl doch nur die Organisation imstande ist, diesen Herrenstabspunkt der Unternehmer zu brechen.

Geht kürzlich wiesen wir darauf hin, daß die Arbeiterschutzesetze vor lauter Schamhämerei von den Belegschaften vergessen werden. Wir können jetzt wieder mit einigen Fällen dienen.

In der Ziegelfabrik von Wroesse werden noch jetzt die Arbeiterinnen Sonnabends 8 1/2 Stunden beschäftigt, in der Ziegelfabrik von Brämann in Cabel sogar bis zu neun Stunden. Daß jugendliche Arbeiter mit Gewinnung und Transport von Rohmaterial nicht beschäftigt werden dürfen, scheinen die Herren nicht zu wissen. Wenn dann jugendliche Arbeiter bei dieser verbotenen Arbeit verunglücken, und Kollegen dies in der Krankenkasse zur Sprache bringen und darauf hinweisen, wie dadurch die Krankenkasse belastet wird, so ist man so brutal, dieselben durch Maßregelung mundtot zu machen. Dabei genießen sich diese Unternehmer nicht, auf die angebliche sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen zu schimpfen. Ja, man geht in Kalau so weit, Arbeiter zu entlassen, wenn sie sich unterziehen, sich danach zu erkundigen, ob ihnen die richtige Invalidenmarke gestellt wird.

Zachhaft wirkt es, wenn man außer dem Verband auch schon die Radfahrervereine fürchtet. Auch in ihnen mittert man schon die Unternehmerrückständigkeit und hat Bedenken, Mitglieder dieser Vereine einzustellen. Unter diesen Umständen es nicht wunder, daß es hier mit der Ausbreitung des Verbundes nur sehr langsam vorwärts geht. Sehr viel Opfer mußten schon gebracht werden, und doch dürfen wir nicht erlahmen, den feindlichen Boden zu bearbeiten. Auch die jetzt angefangene Agitation begegnet schon allerlei Schwierigkeiten. Trotz Vereinsgeßes sieht man einfach Gendarmen zu Betriebsveranstaltungen, die Arbeiter wagen sich dann nicht hin, und der Zweck ist erreicht. Dazu kommen noch die Schmarozker und Postenträger, welche ja auf solchen Boden gut gehen. Wann endlich werden hier die Arbeiter diese Fesseln abwerfen und ihre Menschenrechte fordern? An den Kollegen liegt es, unabhängig an dem Ausbau der Organisation mitzuwirken, damit wir endlich diesem Ziel näher kommen.

Streiks und Lohnbewegungen.

— Streiks und Differenzen bestehen in: Berlin (Kunstfaserfabrik), Leipzig (Chem. Fabrik), Saigwedel (Düngerfabrik), Meißner (Tonwarenfabrik), Plauenischer Strand (Deub-nig), Pflastersteinfabrik, Schöps (Schiffbauwerk). Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— Reudern. Der Streik auf der Pflastersteinfabrik Reudern ist durch Vergleichsverhandlungen beigelegt. Der früher gesahle Stundenlohn von 40 Pf. wird weitergezahlt. Die Streikenden werden nach Bedarf wieder eingestellt. Maßregelungen sollen nicht stattfinden. Die Arbeit ist Montag, den 14. März, wieder aufgenommen. Die Streikenden gaben den Bedingungen einstimmig ihre Zustimmung.

— Hensburg. Bei der Firma G. George, Dachpappfabrik und Dachdeckerei, sind am Dienstag, dem 8. dieses Monats, sechs Kollegen plötzlich entlassen worden. Dafür hat man andere Leute eingestellt. Als eine Kommission vortrefflich wurde, um die Gründe der Entlassung zu erfahren und gleichzeitig die Jurisdiktion der Entlassungen zu bewirken, wurde diese kurzerhand abgewiesen. Unsere Kollegen Lu. hat man als Kommissionsmitglied noch demselben Tag entlassen. Eine Betriebsversammlung der sämtlichen Arbeiter beschloß darauf, die Sperrre über den Betrieb zu verhängen. Es ist deshalb Zugang von Dachdeckern, Klempnern und Arbeitern fernzuhalten.

— Hannover. Die Kollegen in der „Incrusta-Balton-Kleber-Zapfenfabrik“ waren mit Forderungen an die Betriebsleitung herangetreten. Da die Betriebsleitung darauf keine Antwort gab, legten die Kollegen am 22. Februar die Arbeit nieder. Sofort eingeleitete Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß den Arbeitern 25 Pf. Zulage pro Tag und einige sonstige Verbesserungen gewährt wurden. Nach eintägigem Streik wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

— Zeitz. Einen schönen Erfolg erzielten unsere Kollegen in der Chemischen Fabrik A.-G. Aus-Zeitz. Durch Verhandlungen zwischen den Verbandsvertretern und der Betriebsleitung wurden folgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht: Die Arbeitszeit, die früher 60 Stunden betrug, wird auf 59 Stunden herabgesetzt. Die Stundenlöhne wurden für Männer von 30 Pf. auf 32 Pf. und für Frauen von 14 Pf. auf 16 Pf. pro Stunde erhöht, Ueberstunden werden mit 40 Prozent (früher 30 Prozent) bezahlt. Für Akkordarbeiten werden bis auf einige Positionen 5 Prozent Aufschlag sofort und weitere 5 Prozent am 26. Februar 1911 gewährt. Die Kollegen in der Schmelzfabrik erhielten bis jetzt pro Schicht (12 Stunden) 3,80 Mt., von nun an 4 Mt. pro Schicht; auch werden den Arbeitern Summihandlöhne geliefert.

Ferner wird im Laufe des Sommers, laut Vereinbarung, Wab- und Waschgelegenheit geschaffen, welche bis dato noch fehlte, auch in sanitärer und hygienischer Beziehung ist unserer Kollegen gedacht worden. Die Vereinbarungen sind auf zwei Jahre festgelegt worden. Haben wir auch nicht alles erreicht, so können wir doch für diesmal — als erster Erfolg für Zeitz — zufrieden sein.

Hoffentlich tragen diese wenigen Zeilen dazu bei, daß alle in den Zuder-, Chemischen, Ton-, Zement-, Ziegel-, Seifen- und Solar-fabrikanten beschäftigten Kollegen und Kolleginnen an Orte sich recht bald dem Verbands anschließen.

Korrespondenzen.

Bremen. Hilfskassierer oder besoldete Beitragskassierer. Diese Frage beschäftigt seit etwa Jahresfrist die Mitglieder der Bahnhofs-Bremen. In der Generalversammlung im vorigen Jahre wurde beschlossen, eine Reorganisation des Kassiererswesens vorzunehmen. In zwei darauffolgenden Versammlungen hatte man diese Frage auf der Tagesordnung. In der ersten Versammlung referierte der erste Geschäftsführer der Bahnhofs-Bremen der Metallarbeiter, welche schon seit geraumer Zeit besoldete Beitragskassierer hat. Er betonte, daß alle die Gründe, welche gegen die Anstellung ins Feld geführt wurden, sich als trügerisch erwiesen hätten. Das System habe sich ausgezeichnet bewährt. Redner kam zu dem Schluß, daß zu dem Ausbau einer modernen Gewerkschaft auch die Anstellung besoldeter Beitragskassierer gehöre. Von den Anhängern des heutigen Systems wurde eingewandt, daß es nicht für uns beweiskräftig wäre, wenn sich die besoldeten Kassierer bei den Metallarbeitern gut bewährt hätten. Um derartige Gründe zu entkräften, beschloß man, in der nächsten Versammlung einen Referenten unserer Organisation zu hören. Es wurde der Kollege Lewin, Hannoverer geholt, der schon praktische Erfahrungen in dieser Frage gesammelt hatte. In Hamburg und Hannover hatte der Kollege Lewin Gelegenheit, die Vorzüge welche die Anstellung besoldeter Beitragskassierer auch für unsere Organisation hat, praktisch zu erproben. Infolgedessen kam auch der Kollege Lewin zu dem Schluß, uns die Anstellung zu empfehlen. Die Versammlung handelte dann auch im Sinne des Referenten. Sie beschloß, zunächst einen zweiten Beamten anzustellen und die Anstellung zweier besoldeter Beitragskassierer vorzunehmen. Den Zeitpunkt, wann letztere angestellt werden sollen, wurde der Ortsverwaltung überlassen. In der Januarversammlung dieses Jahres wurde an den Vorstand die Anfrage gerichtet, warum der Beschluß vom vorigen Jahre noch nicht zur Ausführung gebracht sei. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten, warum die Anstellung noch nicht vorgenommen sei. Der Vorstand berief eine Vertrauensmännerversammlung zusammen, welche darüber be-

Aus der chemischen Industrie. Die satten Reichstagsmehrheit und der chemische Arbeiterschutz.

Un glaublich aber wahr! Abgelehnt hat der heutige Reichstag in seiner Sitzung vom 8. März d. J. den von uns in der letzten Nummer des Proletariers mitgeteilten und so überaus befreudenden Antrag der sozialdemokratischen Arbeitervertreter, nach welchem die Reichskommission für Arbeiterstatistik mit der genauen Feststellung der Arbeitsverhältnisse in Säure- und Anilinfabriken sowie der Durchführung besserer Arbeitsschutzes beauftragt werden sollte. Amliche Feststellungen waren vorsichtigerweise erst verlangt, ehe Schutzverordnungen erlassen werden sollten. Aber selbst dieses schonende Vorgehen fand kein Verständnis bei der satten Reichstagsmehrheit. Die Junker und die Pfaffen, d. h. die Zentrumschristen mit den Konservativen und einem Teil der liberalen Kapitalisten stimmten dem Antrag einfach nieder und verhinderten dadurch die amtliche Klärung der chemischen Arbeiterverhältnisse, die sie anscheinend schon zu fürchten haben!

Ist diese Ablehnung an und für sich schon ein sozialer Skandal erster Ordnung, der in den nächsten Monaten laut hinausgerufen werden muß in alle Gegenden, in denen chemische Arbeiter schaffen, so verdoppeln die begleitenden Umstände die Schande des parlamentarischen Vorgangs noch einmal.

Unser Verbandsvorsitzender Kollege Drey hatte in seiner Begründungsrede, die wir diesen Seiten nach dem amtlichen Stenogramm wörtlich folgen lassen, die wichtigsten Tatsachen in seiner ruhigen und sachlichen Weise vorgetragen. Unser Verband könnte ruhig eine sehr hohe Prämie für jeden aussetzen, der auch nur eine einzige Angabe in der Drey'schen Reichstagsrede widerlegen würde. Es dürfte kaum jemand imstande sein, diese Prämie zu verdienen, weil alles unanfechtbar wahr und richtig ist, was Genosse Drey ausführte. Der durch die unverantwortliche Fahrlässigkeit des Schering'schen Betriebes herbeigeführte Kampfer-Vergiftungsfall, die Zahlen aus der amtlichen Unfallstatistik, die schrecklichen Ergebnisse der chemischen Betriebskrankenkassen und die Angaben der Fabrikinspektoren verschmolzen in der Drey'schen Rede zu einem grauenhaften Gesamtbilde chemischer Arbeiterelends, von dem man annehmen sollte, daß es jeden menschlich Fühlenden packen und zur Abhilfe aufrufen müßte. Der Zufall wollte es überdies, daß fast zur selben Zeit, in der unser Vorsitzender im Reichstag die Sache der chemischen Arbeiter führte, eine Reihe neuerer Tatsachen seine Ausführungen berechtigt unterstützten. In Oltschin bei Breslau wurde dieser Tage der 31-jährige chemische Arbeiter Paul Mitsche begraben, der ein Opfer der unsäglichsten Zustände in der Chemischen Fabrik Silesia in Borschowitz bei Breslau geworden war. Seinen Tod schildern seine Kameraden aus dem gefährlichen Schwefelsäurebetrieb der Fabrik wie folgt:

„Am Dienstag waren Arbeiter mit dem Ausräumen der kleinen Kammer beschäftigt, die nur 8 Meter lang und 8 Meter breit ist und bei der Arbeiterschaft als die gefährlichste gilt. Diese Kammer muß, als man die Arbeiter hineinbrachte, noch nicht genügend abgedämpft gewesen sein, denn ein Arbeiter Dreyer litt schwer unter den darin befindlichen Salpetersäuregasen, so daß er die Arbeit unterbrechen mußte. Er liegt noch heute im Allerheiligen-Hospital. Auch der Arbeiter Schölze, der bereits ca. 20 Jahre in der „Silesia“ beschäftigt ist und schon manchemal die Kammer ausgeräumt hatte, mußte an diesem Tage die Arbeit unterbrechen, erst der Genuß von Opiumtropfen machte ihn wieder arbeitsfähig. Bei solchen gefährlichen Anzeichen wäre die größte Vorsicht nötig gewesen. Doch der Vorarbeiter Kösner befahl nun dem Mitsche, in die Kammer zu gehen, der auch widerstrebend gehorchte. Bald darauf kam er total hinfällig herausgewankt und ersuchte, man möge ihn von dieser Arbeit entbinden. Aus Ausrufungen des Vorarbeiters mußte er aber entnehmen, daß er dann mit seiner Entlassung rechnen könne. In seine Familie denkend, trat dieser arme Giftdampfenproletarier wieder in die Kammer hinein und setzte die Arbeit fort! Die Gungepfeiffische also trieb ihn! Das in der Kammer befindliche Sauerblei, welches abgemessen werden muß, verbreitete neue Giftdämpfe. Mitsche plögte ein ständiges Unwohlsein, er mußte öfter hinaus. Seine Arbeitskollegen rieten ihm zum Genuß von Opiumtropfen, doch diesen er sich nicht in das Laboratorium hineinzuwagen, wo er dieselben erhalten konnte. Endlich war Feierabend, er wollte in seine Wohnung nach Oltschin; am nächsten Tage war er eine Leiche! Der in der Blüte der Jahre Dahingegangene hinterläßt eine Frau mit drei unversorgten Kindern.“

Das ist eine Schilderung, wie sie der Dichter der Hölle trostlosster erfinden könnte! Und doch betrifft sie etwa keinen Ausnahmefall, sondern Vorkommnisse, wie sie jeden Tag in deutschen chemischen Fabriken vorkommen. Und wie, um zu zeigen, daß der chemische Kapitalismus auch vor der Vergiftung und Schutzlosigkeit weiblicher Proletarier nicht zurückschreckt, hat in Berlin just in derselben Woche, in der Drey sprach, eine von durchaus bürgerlichen Elementen berufene Konferenz für Arbeiterinnen die blamabelsten Dinge enthüllt. Frau Dr. Agnes Blum-Berlin berichtete über die mannigfachen Giftgefahren, denen namentlich Heimarbeiterinnen ausgesetzt sind. Sie meinte: „Wenn die Frau nach der Statistik gefährdeter ist als der Mann, so liegt das auch daran, daß sie schlechter ernährt ist. Nützlich wäre es, die ärztliche Untersuchung einzuführen. Unsere chemische Industrie überschwemmt seit einigen Jahren den Markt mit Arzneimitteln; sie sollte ihren Ehrgeiz mehr daran setzen, Krankheiten zu verhüten, statt zu heilen.“ Professor Dr. Gennhoff-Berlin empfahl, den Krankenkassen das Recht einzuräumen, daß sie in ähnlicher Weise, wie heute schon die Berufsgenossenschaften zur Unfallverhütung, Maßnahmen ergreifen oder wenigstens einleiten dürfen zur Verhütung von Berufskrankheiten. Das ist eine alte Arbeiterforderung. Sie findet aber bei den herrschenden bürgerlichen Parteien so wenig Verständnis, wie die Reichstagsresolution unserer Vertreter. Schließlich nahm die Arbeiterinnenschutzkonferenz folgende Resolution an:

1. Alle Bestrebungen, welche auf einen Ersatz der gewerlichen Oefte durch unschädliche Stoffe abzielen, sind energisch zu fördern.
2. Es ist auf gesetzlichem Wege dahin zu wirken, daß in sämtlichen Fabriken, in welchen die technische Möglichkeit vorhanden ist, die giftigen Stoffe durch unschädliche ersetzt werden.
3. Die Verarbeitung giftiger Stoffe in der Heimarbeit ist von Gesetzes wegen zu untersagen.
4. In Schmelzereien dürfen weibliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.
5. In sämtlichen Betrieben, in welchen giftige Stoffe produziert oder verarbeitet werden, müssen weitestgehende Schutzmaßnahmen gefordert werden. Insbesondere hat eine regelmäßige Untersuchung durch von dem Arbeitgeber unabhängige Vergefrachtshänden. Auch ist in diesen Betrieben die Arbeitszeit zu vermindern.“

Das deckt sich alles mit unsern Forderungen und bekräftigt die Dringlichkeit derselben. Aber wie wurde unser Antrag im Reichstag bei seiner Ablehnung behandelt?

Nach Genossen Drey sprach ein Zentrumsredner, Dr. Fohsander. Mit keinem Worte ging er auf die Leiden der chemischen Arbeiter ein! Im Gegenteil, er konnte sich sogar nicht einmal den Hohn versagen, zu bemerken, daß er die kostbare Zeit des Reichstags nicht so lange in Anspruch nehmen werde, als Genosse Drey. Dabei hatte der fromme Mann nichts vorzutragen, als den Wunsch nach einer bessern Genossenschaftsstatistik. Die Freisinnige Vereinigung schickte ihren Redner, den Bezirat Gothein, vor. Auch er schwieg das chemische Arbeiterelend tot! Zum Reichsgesundheitsamt sprachen dann alle bürgerlichen Parteien und zwei Regierungsvertreter. Keinem von den neun Rednern fiel es ein, auf die furchtbaren Anklagen unsres Verbandsvorsitzenden zurückzukommen. Sie alle bildeten eine unabsichtliche, aber desto bezeichnendere Verschwörung des Löffelweizens. Widerlegen konnte man unsre Angaben nicht, den mächtigen chemischen Kapitalismus anklagen wollte man nicht, und so erwiderte man den dritten Vorstoß für die chemischen Arbeiter, welchen die sozialdemokratische Fraktion seit 1907 im Reichsparlament macht, dadurch, daß man ihm auswich und sich stellte, als verdiene er kein Wort der Erwähnung oder der Widerlegung. Die chemischen Arbeiter Deutschlands werden diesen parlamentarischen Skandal tief in ihre Köpfe und Herzen eingraben!

Nachstehend lassen wir die Ausführungen des Kollegen Drey im Wortlaut folgen:

Drey, Abgeordneter: Meine Herren, ich gestatte mir, der Resolution, die von meiner Partei eingebracht worden ist, eine Begründung zu geben. In dieser Resolution fordern wir den Herrn Reichsminister auf, der Beirat für Arbeiterstatistik mit Erhebungen zu betrauen über die Arbeitsgefahr und Dauer der Arbeitszeit, die in der Säure- und Farbstoffindustrie die Arbeiter bedrohen. Wir machen seit dem Jahre 1907 zum dritten Male den Versuch, das hohe Haus und die verbündeten Regierungen auf die Zustände in der chemischen Industrie aufmerksam zu machen, und die Arbeiter, die in diesen Industriezweigen tätig sind, lassen sich nicht mehr auf die Fürsorge der Unternehmer beschränken, sondern sind der Auffassung, daß nun endlich einmal gesetzgeberische Hilfe gewährt werden muß. Der Hinweis auf die Fürsorge der Unternehmer für die Arbeiter kann letztere um so weniger beruhigen, da die führenden Firmen in den betreffenden Industriezweigen der Auffassung Ausdruck geben, daß eigentlich schon zu viel an Arbeiterschutz in der chemischen Industrie vorhanden sei. So haben beispielsweise die Farbstofffabriken zu Elberfeld, die in das Gebiet fallen, über welches Erhebungen veranstaltet werden sollen, in ihrem Geschäftsbericht von 1907 folgenden Stoßfussler von sich gegeben:

„Die Fabrikationsbedingungen in Deutschland gegenüber dem Ausland von Jahr zu Jahr schwächer geworden. Das Vertrauen der Fabrikanten ist erschüttert durch die Bestrebungen der gesetzgebenden Körperschaften, der Industrie immer höhere Belastungen an Steuern und vor allem auch in sozialpolitischer Beziehung aufzubürden und die Bildung von Verkaufsvereinigungen zu erschweren. Das gute Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird durch die zahllosen geplanten Vorschriften nicht gefördert, sondern gestört.“

Die betreffende Firma hatte einen Bruttogewinn von 21 Millionen Mark

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), einen Nettogewinn von 18 Millionen Mark; ein Arbeiter hat so der Firma an Profit ungefähr 3000 Mark im Jahre verdient.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Trotz dieses herausragenden Gewinns, dieses gewaltigen Profits, der fast ohne Beispiel dasteht, ein Klagen und Söhnen über sozialpolitische Eingriffe und sozialpolitische Wunden! In Wirklichkeit sind aber die Arbeiter in der chemischen Industrie ganz unzulänglich geschützt und die Ausnutzung der Arbeiter kann hier fast ohne jede Beschränkung erfolgen. Wenn trotzdem solche Klagen aus der chemischen Industrie kommen, so ist das der beste Beweis dafür, daß endlich einmal die Gesetzgebung sich der Arbeiter annähmen muß; denn Schutz der Arbeiter durch Fürsorge oder Initiative der Unternehmer ist weder vorhanden noch zu erwarten.

Zum Beweise dafür, daß in der Industrie, in welcher nach unserer Resolution Erhebungen veranstaltet werden sollen, schwere Unterlassungen vorkommen, für welche die Arbeiter mit Leben und Gesundheit büßen müssen, führe ich aus meinem Material nur einen Fall an.

Es ist ein Unfall, der sich ereignete auf der chemischen Fabrik vormals Schering. Am 17. September wurde da ein Arbeiter auf einem mit künstlichem Kampfer gefüllten Kasten tot aufgefunden. Es beginnt nun der Kampf der Arbeiterwitwe um die Rente. Die Witwe macht geltend —

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Dem Herrn Redner möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es sich um das Statistische Amt handelt. Ich bin gewis bereit, weitgehend Rücksicht zu walten zu lassen; aber ich erkenne den Zusammenhang mit ihm nicht.

Drey, Abgeordneter: Ich will den Nachweis erbringen, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Spahn: Ich hoffe darauf.

Drey, Abgeordneter: — daß in dem in unserer Resolution genannten Industriezweigen der Arbeiterschutz mangelhaft und Erhebungen durch den Beirat für Arbeiterstatistik erforderlich sind, und will nun einen Fall zum Beweise dafür anführen.

„Die Chemische Fabrik auf Altien kannte meiner Ueberzeugung nach die Giftigkeit des künstlichen Kampfers; sie kannte sie aus Experimenten, zu denen sie das Material geliefert hat und die in der Literatur verzeichnet sind; sie kannte sie aus den Erfahrungen, die sie selbst mit Arbeitern und einem Chemiker gemacht hat; sie kannte sie, weil sie, wie aus der Verhandlung am 7. April hervorging, angeordnet haben will, daß die Deckel nicht zu weit geöffnet werden sollen.“

Der Herr Obergutachter gibt nur eine Reihe von Maßnahmen an, die von der Betriebsleitung getroffen werden müssen, die aber gleichwohl nicht getroffen worden sind, und er gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß gegen die Firma nicht strafrechtlich eingeschritten worden ist.

Es handelt sich hier um einen der leistungsfähigsten Betriebe in der chemischen Industrie, sie läßt es an den gefährlichsten Stellen an Schutzmaßnahmen mangeln. Der Fall beweist, daß die Unternehmer selbst in so gefährlichen Betriebsabteilungen, in denen die Arbeiter der plötzlichen Vergiftung ausgesetzt sind, es an der erforderlichen Sorgfalt für den Schutz der Arbeiter auch dann fehlen lassen, wenn dieser Schutz fast ohne Aufwand von Kosten oder ohne Betriebsänderungen zu erreichen ist.

Durch die Erhebungen des Beirats für Arbeiterstatistik ist auch die einzige Möglichkeit gegeben, um die Arbeiter an der Klärung der Zustände teilnehmen zu lassen und ihnen die Möglichkeit zu geben, aus ihrer praktischen Erfahrung Vorschläge für einen besseren Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit zu machen. Natürlich müssen bei der Befragung aufrechte, organisierte Arbeiter herangezogen werden.

(Sehe richtig! bei den Sozialdemokraten), die gegen Maßregelungen zu kämpfen sind. Denn obgleich die chemische Industrie das Beispiel einer Kapitalkonzentration und Kapitalisolidarität bietet, wie es einzig dasteht, verfolgt sie organisierte Arbeiter mit glühendem Haß. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, bei den zu veranstaltenden Erhebungen die Arbeiter gegen die Verfolgungswut der Industriebesitzer aus der chemischen Industrie zu schützen.

Es wäre ohne Zweifel gut und nützlich vom sanitären Standpunkte aus gesehen, wenn das ganze Gefahrgelände der chemischen Industrie einer Erforschung durch den Beirat für Arbeiterstatistik unterstellt würde. Wir verkennen aber nicht, daß eine so gestellte Aufgabe erhebliche Schwierigkeiten bereiten dürfte, und schlagen daher vor, die Erhebungen auf die Fabrikation von Säuren und Anilinfarben zu beschränken. Diese Abteilungen erachten wir als diejenigen, in welchen die Arbeiter zurzeit am meisten von Gefahr bedroht sind und in denen der Arbeiterschutz am meisten vernachlässigt worden ist.

Zum Beweise dafür, daß es notwendig ist, in der chemischen Industrie mit einem wirksamen Schutz für die Arbeiter endlich einmal vorzugehen, beziehe ich mich auf die Unfälle, die im Bereiche der chemischen Industrie zu verzeichnen sind. Ich stelle die Unfälle mit einander in Vergleich, für welche Entschädigungen wegen Erwerbsunfähigkeit festgestellt worden sind. Da ergibt sich, daß die Ziffern aus der chemischen Industrie diejenigen aller gewerblichen Berufsgenossenschaften überragen

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten)

und seit dem Jahre 1903 fortgesetzt gestiegen sind. Die Ziffern waren im Jahre 1903 pro Tausend verletzter Arbeiter im Durchschnitt sämtlicher Berufsgenossenschaften 3,79, in der chemischen Industrie 5,6 oder 33 1/3 Prozent höher, im Jahre 1904 in sämtlichen Berufsgenossenschaften 3,79, in den Berufsgenossenschaften der chemischen Industrie 5,74 oder 51 Prozent höher, und so steigen die Ziffern 1905 44 Prozent höher, im Jahre 1906 66 Prozent höher, im Jahre 1907 70 Prozent höher und im Jahre 1908 73 Prozent höher als in allen übrigen gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die Steigerung dieser Zahlen beweist besser als lange mündliche Darlegungen, daß der Ruf der Arbeiter aus der chemischen Industrie nach Arbeiterschutz nur zu berechtigt ist. Dieser Ruf muß aber endlich auch einmal erhört und beachtet werden.

Nach unserer Resolution fordern wir ferner Vorbereitungen zu besserem Schutz bei Herstellung und Bearbeitung von Säuren. Da verweise ich zunächst auf die Herstellung und Bearbeitung von arzenhaltigen Säuren, die von Vergiftungen und Verätzungen begleitet sind. Die Krankheitserreger gelangen durch die Haut, von den Verdauungsorganen und von der Lunge aus in das Blut und verrichten da im Körper die gesundheitlichen Störungen, die sich äußern in Entzündungen der Schleimhäute, Schmerzen im Magen, Appetitlosigkeit, Verfall der Kräfte, Nahrungserstreuungen. Bei Verschlimmerungen bilden sich Geschwüre; Gaum- und Nagegel fallen aus, bis nach mancherlei Leiden der Tod als Erlöser er scheint.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ähnliche Krankheitserscheinungen beobachtet man auch bei Herstellung der Oxalsäure, und außer dem bezeichneten Krankheitsbilde stellen sich hier noch schwere nervöse Störungen ein: Krämpfe, Erkrankungen des Herzens, die zur Herztätigkeit des Organismus führen. Mit zunehmendem Körpergeben sich dann die Arbeiter auf die Suche nach anderer Arbeit, um die Erfahrung zu machen, daß die übrige Industrie nur Arbeiter einstellt, die im Vollbesitz ihrer Kräfte sind, sie finden dann entweder gar keine Beschäftigung oder solche zu der allerunzulänglichsten Bezahlung, so daß infolge der unzureichenden Ernährung der Kräfteverfall noch beschleunigt wird. Ich möchte sagen, diese Arbeiter verbluten an unsichtbaren Wunden, die sie auf dem Schlachtfelde der Industrie erzielten, ohne daß sie diejenige Hilfe in Anspruch nehmen können, welche für die übrigen Opfer der Industrie durch die Gesetzgebung geschaffen sind, weil in den seltensten Fällen und nur bei den allergeringsten solcher Vergiftungen ein Unfall als vorliegend erachtet wird.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen die Erhebungen ferner ausgedehnt wissen auf die Säuren, die durch Verätzung, Verbrennung und Explosion die Arbeiter in Gefahr bringen. Ich nenne da Salpeter- und Pikrinsäure, welche zur Herstellung von Explosivstoffen verwendet werden. Die Salpetersäure geht schon bei gewöhnlicher Temperatur und bei Anwesenheit organischer Stoffe Verbindungen ein, die das Leben der Arbeiter durch Vergiftung und Erschütterung bedrohen, und die Zahl der Fälle, welche den Arbeitern auf diese Weise Schaden an Leben und Gesundheit zufügen, ist in den letzten Jahren nicht geringer geworden. Auch in der Schwefelsäurefabrikation verzeichnen die letzten Jahre Vergiftungen jeden Grades bis zum tödlichen Ausgang. Man sollte es eigentlich für ganz selbstverständlich erachten, daß in solchen Betrieben jugendliche Personen nicht beschäftigt werden, aber diese Voraussetzung ist falsch. Unter den Getöteten in den letzten Jahren bezand sich ein jugendlicher Laboratoriumsgehilfe. Ich denke, es sollte ohne weiteres unzulässig sein, daß jugendliche Personen in solchen Betrieben beschäftigt sind. Aber gehen wir in der Betrachtung weiter, so hat sich herausgestellt, daß bei jenen Vergiftungen, bei jenen Störungen, die sich bei der Fabrikation von Schwefelsäure ereignen haben, die betroffenen Arbeiter Studenten hilflos ihrem kranken Dasein überlassen gewesen sind. Der jugendliche Laboratoriumsarbeiter, von dem ich sprach, ist erst funktionslos nach eingetretener Todes gefunden worden. In zwei anderen Fällen fand man die Getöteten gar erst am andern Morgen.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es muß die Arbeiter in solchen Betrieben doch geradezu mit Schauder erfüllen, daß sie dem größten Unheil ausgesetzt sind, ohne daß dies bemerkt wird, daß sie, ohne Hilfe zu finden, elend zugrunde gehen müssen. Einem solchen Schicksal ausgesetzt zu sein, heißt die Freude zur Arbeit sicherlich nicht. Daß in solchen Fällen nicht sofort Hilfe

